

Verlagsbedingungen nach Anweisung
find in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.M. 68, Cindankstraße 3
Verlagsdruckerei: Dönhofs 282-298
Tel.-Anschluß: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Dornowits-Verlag GmbH,
Berlin S.M. 68, Cindankstraße 3
Verlagsdruckerei: Dönhofs 2806-2807

Mißglückter Verschleierungsversuch.

Scharfe Kritik der unabhängigen Presse. — Rechtsblock und Schwerindustrie.

Die Regierung zeigt den bösen Willen, den ungeheuren Skandal der unkontrollierten 700-Millionen-Entschädigung an die Schwerindustrie zu vertuschen. Sie arbeitet Hand in Hand mit der Interessentenpresse, die offensichtlich von amtlichen Stellen bei ihrem Abfertigungsfeldzug inspiriert wird.

Die Vertuschungserklärung der Regierung ist durchaus unwahrhaftig. Sie verschont sich hinter die Versackungspolitik. Die Versackungspolitik war umstritten zu einer Zeit, als die Ricum-Verträge noch nicht zur Diskussion standen. Anfang Oktober waren vielmehr die Kredite an die Ruhrindustrie wertbeständig gemacht, ihre Einstellung am 20. Oktober beschlossen — das Gegenteil von dem, was Stresemann-Luther unkontrolliert später taten. Die Forderungen der Versackungspolitik gingen nicht um die Industrie, sie gingen auf Einstellung der sozialen Aufwendungen, der Unterstützung an die Gemeinden. Keinerlei Zusammenhang bestand mit Entschädigungen an die Industrie.

Als Stresemann am 12. Oktober jenen Brief schrieb, der Gehör und Garantie ablehnte, war der Gedanke der Versackungspolitik endgültig überwunden und niedergelämpft. Der spätere Brief Stresemanns hat mit der Versackungspolitik nicht das geringste mehr zu tun.

Die Sozialdemokraten aber, die gegen die Versackungspolitik kämpften, die eine Begünstigung der Industrie ablehnten, die dem Skandal der Gewinne der Schwerindustrie auf Kosten des Volkes ein Ende machen wollten, wurden von den Interessenten und der Volkspartei aufs schärfste bekämpft. Erst mußte Hilferding weg, dann die anderen sozialdemokratischen Minister. Deshalb die Sprengung der Großen Koalition! Der Treiber war Herr Schulz, die Hintermänner die Sinnes und Böglers, die Interessenten.

So fing der Bürgerblock an!

Die Presse gegen den Verschleierungsversuch.

Die Vertuschungsnote der Reichsregierung wird von der Presse, soweit sie nicht von der Schwerindustrie gekauft ist, entschieden abgelehnt. Sehr scharf äußert sich die „Germania“ gegen die Erklärung:

„Man kann nicht sagen, daß diese vorläufige Erklärung geeignet ist, die Beunruhigung im Volke zu beseitigen. Die Frage, ob die besetzten Gebiete Reparationsprodukt sein sollen oder nicht, steht völlig außerhalb der Diskussion. Der Komplex der Fragen — es handelt sich wirklich um einen ganzen Anhauf von kritischen Einwendungen —, die wegen des Vorganges der Minister Luther und Stresemann in der vorläufigen, sehr merkwürdigen Entschädigungsangelegenheit aufsteigen müssen, hat mit der reparationspolitischen Selbstverständlichkeit, daß das ganze deutsche Volk die Kriegslasten zu tragen hat, nichts zu tun, sondern entwickelt sich aus ganz anderen Betrachtungswinkeln. Die Regierung läßt gut, nicht ihrerseits durch einen Versuch, die Betrachtungsweise festzusetzen, das bestehende Mißtrauen zu vergrößern. Im übrigen erwarten wir mit Ungeduld die Denkschrift und behalten uns vor, nach ihrer

Durchsicht die Fragen zu stellen, die dann zu stellen noch nötig sein werden.“

Das „Berliner Tageblatt“ spricht den Wunsch aus, „daß die Denkschrift sachlicher und befriedigender ausfalle als die Erklärung, die in gereiztem Ton heftige Angriffe gegen die bösen Kritiker in der Presse richtet, den Kern der Sache selbst aber nicht berührt“. An die Adresse der Rechtsparteien wenden sich folgende Worte:

„Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die Rechtsparteien versuchen, diese Frage, bei der es sich um die Interessen der Allgemeinheit handelt, zu einer Frage der Parteipolitik zu machen, ja daß man sich sogar nicht scheut, sie als ein Ablenkungsmanöver zu diskreditieren. Es ist merkwürdig, sobald es sich um Standale handelt, in die, sei es mit Recht, sei es mit Unrecht, stehende Politiker hineingezogen werden, dann erscheint die deutsch-nationale Presse, und, ihr treu folgend, die volksparteiliche, auf dem Plan und füllt mit weithin sichtbaren Leberschritten die Spalten ihrer Blätter. Sind aber andere Kreise diskreditiert, wie beispielsweise das Konfessionsrädiger v. Ebdorf, Wilhelm v. Karstedt und Hans v. Carlomir im Falle der Preussischen Landesparlamentarier, oder handelt es sich um eine Bevorzugung der Großindustrie, vor allem der Schwerindustrie, wie in der Frage der Ruhrrentschädigung, dann herrscht Schweigen im Blätterwald der Rechten oder man versucht die Dinge als harmlos hinzustellen.“

So ist es in der Tat! Dieser Finanzskandal der Rechtspolitik wird zu vertuschen gesucht, um die unangenehme Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß die Schwerindustrie diese Riesenentschädigungen in doppelter und dreifacher Höhe erhalten hat. Räumlich vom Reich durch die jetzigen Entschädigungen, die Entschädigungen und Kredite während des Ruhrkampfes, von den Kohlenrenten durch höhere Preise und von den Arbeitern und Angestellten durch längere Arbeitszeit, niedrigere Löhne und Abbau der sozialen Leistungen.

Unwahrheit über Unwahrheit.

Wer hat sie erfunden?

Die schwerindustrielle Presse stellt die Behauptung auf, daß eine Ministerführung am 20. Oktober in Gegenwart des preussischen Ministerpräsidenten die Absichten der Stresemann und Luther gebilligt habe. Diese Behauptung erscheint — allerdings vorsichtiger formuliert — auch in der „Zeit“.

Die Ministerführung in Gegenwart Otto Brauns am 20. Oktober beschäftigte sich nicht mit der Frage der Geldentschädigungen. Sie suchte einen Weg, um die Industriellen zur Annahme der Ricum-Verträge zu bewegen. Sie sah einen Ausweg in der Steuerstundung, vorbehaltlich späterer Berechnung und Vorlage an den Reichstag.

An eine Entschädigung, noch dazu in so ungeheurer Ausmaß, hat in dieser Sitzung niemand gedacht. Der Versuch, die unkontrollierte Auszahlung von Entschädigungen ohne genaue Berechnung und Verfügung durch das Parlament mit dieser Sitzung zu bedenken, ist ebenso unwahrscheinlich, wie die anderen Vertuschungsversuche. Geht auch dieser Versuch von der Regierung aus?

Komödienspiel im Aufwertungsausschuß.

Deutschnationaler Aufwertungsbeitrag.

Der Aufwertungsausschuß des Reichstages war auf heute einberufen, um über die von der Regierung vorgelegte Referenden-Denkschrift, die das ganze Aufwertungsproblem behandelt, zu diskutieren. Man trat indessen in die Beratung eines auf Grund des vorwöchigen Beschlusses des Ausschusses vom Justizministerium unterbreiteten Gesetzentwurf ein, der bestimmt, daß in Rechtsstreitigkeiten über Aufwertungsfragen die Verhandlung auf Antrag einer Partei einstweilen auszusetzen ist. Dieser Gesetzesvorschlag wich aber insofern von dem Ausschlußbeschluss wesentlich ab, als er ausspricht, daß dem Antrag auf Aussetzung des Verfahrens nicht stattzugeben ist, wenn der Gegner der Aussetzung widerspricht und zu befürchten ist, daß ihm durch die Aussetzung ein erheblicher Nachteil entstehen würde. Diese Bestimmung wurde sofort von Vertretern verschiedener Parteien angefochten, weil sie das ganze Gesetz illusorisch macht.

Für unsere Fraktion erklärte der Genosse Keil, daß mit einem solchen Gesetz für die Gläubiger lediglich nichts erreicht sei, die Rechtslage aber noch verworrener würde, denn nachdem der Reichsfinanzhof nunmehr auch die Notverordnung vom 4. Dezember 1924 für ungültig erklärt habe, fehle es für die Gerichte an jeder sicheren Rechtsgrundlage für eine Entscheidung. Das Zweckmäßigste wäre die Annahme des von dem Antragsteller selbst bisher sabotierten deutschnationalen Votages auf Aufhebung der Notverordnung vom 4. Dezember und Ersetzung derselben durch ein Zwischengesetz.

Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung stellte es sich heraus, daß die Parteien der Rechten zwar die beanstandete Bestimmung nicht annehmen, aber auch keine Mußvorschrift über die Aussetzung des Verfahrens auf Antrag einer Partei beschließen

wollten. Es wurde schließlich ein Antrag Wunderlich (Deutsche Volkspartei) und Schetter (Z.) gestellt, der die Mußvorschrift in eine Kannvorschrift ändern und das Recht der Antragstellung auf Aussetzung des Verfahrens nur dem Gläubiger einräumen will. Das Ergebnis war, daß in einer Reihe von Abstimmungen sämtliche Anträge abgelehnt wurden und der Ausschluß vor einem Nichts stand. Nach einer Kunstpause entschloß man sich auf dringendes Zureden des Abg. Herjert (Dnat.), der den Eindruck, daß der Ausschluß latios sei, in der Öffentlichkeit vermeiden wollte, noch einmal über die erneut vorgelegten Anträge abzustimmen.

Kunmehr wurde die von den Demokraten neu beantragte Formulierung, wonach das Verfahren ohne Einschränkung auszusetzen ist, wenn eine Partei es beantragt, mit 13 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmten die gesamte Linke und der deutschnationalen Ausschlußvorsitzende Dr. Steiniger. Angenommen wurde hierauf mit 14 gegen 12 Stimmen, wobei der Vorsitzende mit der Rechten stimmte, der neue Antrag Wunderlich, wonach das Verfahren auf Antrag des Gläubigers ausgesetzt werden kann. Den von den Sozialdemokraten unterstützten Antrag der Demokraten, daß dieses Gesetz mit dem Inkrafttreten des neu zu schaffenden Aufwertungsgesetzes, spätestens aber am 30. April 1925, außer Kraft tritt, wurde von den Rechtsparteien abgelehnt. Sie beschloßen, den Zeitpunkt des Inkrafttretens die Reichsregierung bestimmen zu lassen.

Aus der Haltung der Rechtsparteien erklärt sich mit aller Deutlichkeit, daß es ihnen nicht darum zu tun ist, den gebotenen Druck auf die Regierung auszuüben im Interesse der baldigen Regelung der Aufwertungsfrage und daß sie auch für die Zwischenzeit den Gläubigern und Sparern den Schutz nicht gewähren wollen, den sie in der vorigen Sitzung vorläufigen Aus einzelnen Ausführungen von Rednern der Rechten war auch zu entnehmen, daß es den Herren schon jetzt darum zu tun ist, den angeblich übertriebenen Ansprüchen der Gläubiger und Sparer entgegenzutreten.

Pfennige für die Vertriebenen.

Über Millionen für die Ruhrindustriellen.

Von Emil Fischer, Nürnberg.

Die durch die Sozialdemokratische Partei aufgedeckten „Liebesgaben an die Ruhrindustriellen“ haben innerhalb der werktätigen Bevölkerung die größte Empörung hervorgerufen. Die stärkste Empörung aber herrscht bei den Flüchtlingen, die nach Ausgang des verlorenen Krieges aus dem Ausland und den abgetretenen deutschen Gebieten nach Deutschland zurückkehrten. Seit Jahr und Tag kämpfen die verdrängten Deutschen aus Elsaß-Lothringen und Tausende von Auslandsdeutschen um Erlassleistung für ihr verlorenes Hab und Gut. Was die Flüchtlinge aus Elsaß-Lothringen im ehemaligen Reichsland zurücklassen mußten, ist dort von Franzosen auf Versteigerungen an Franzosen abgegeben worden. Das Geld für den Erlös haben aber nicht die Flüchtlinge erhalten, sondern das wurde der deutschen Regierung für die Reparationsleistung gutgeschrieben. Nach den gesetzlichen Festlegungen erhält ein vertriebener Flüchtling für seinen verlorenen Hausrat, ganz gleich, ob es sich um eine Wohnungseinrichtung im Werte von 3000 M. oder von 20 000 M. handelt, eine Höchstentschädigung von 1250 M. Hat er Berufsgegenstände verloren, was zum Beispiel bei Schuhmachern, bei Schreiner- und Sattlermeistern, bei Krämern und sonstigen Kaufleuten durchweg der Fall war, so erhält der Beschädigte vom Reich, ganz gleich, wie hoch sein Verlust ist, eine Höchstentschädigung von 1500 M. Haben Flüchtlinge beides verloren, Hausrat und Berufsgegenstände, so bekommen sie lediglich eine Höchstentschädigung von zusammen 2000 M.

Noch ungerechter ist die Entschädigung für liquidierte Häuser und Grundstücke. Eine ganze Reihe von Arbeitern, kleinen Beamten und Handwerkern, die aus dem Elsaß, aus Rußland oder Polen verdrängt worden sind, hatten sich eigene Häuser gebaut. Diese Häuser sind versteigert worden; den Erlös erhielten aber nicht die Eigentümer, sondern er wurde wiederum dem Reich als Kriegsentuschädigung gutgeschrieben.

Wie ganz anders wurden dagegen die Ruhrindustriellen von der bürgerlichen Reichsregierung behandelt. Ueber 650 Millionen Goldmark sind bereits, wie aus den Entschuldigungen der sozialdemokratischen Reichsregierung bekannt wurde, an die Schwerindustrie im Ruhrgebiet ausgezahlt worden. Während die Flüchtlinge aus dem Grenz- und aus dem Auslande jahrelang bitten und betteln müssen, um eine im Verhältnis zu ihrem Verlust lächerlich geringe Summe Schadensgeld zu erhalten, genügte bei den Schwerindustriellen ein Brief von Stresemann, von dem der Reichstag nicht einmal Kenntnis hatte, um einen Millionenbetrag auszuschütten. Hat eine Firma im Ruhrgebiet einen Schaden von 20 000 M., so erhielt sie nicht, wie die Vertriebenen aus Elsaß-Lothringen, 1500 M., sondern 16 500 M. Hatte ein anderes Unternehmen einen Schaden von 100 000 M., so bekam es nicht, wie das bei den Flüchtlingen in Elsaß-Lothringen oder dem übrigen Ausland der Fall ist, die Höchstentschädigung von 1500 M., nein, diese Firma erhielt 76 250 M!

Noch toller ist der Vergleich der an die Ruhrindustrie gezahlten Entschädigungen mit denen, die die Flüchtlinge aus dem Ausland für ihren liquidierten Besitz erhielten. Wenn im Ruhrgebiet einer mittleren Firma Bureaus von den Franzosen beschlagnahmt wurden, so erhielt diese Firma zur Beschaffung von Ersatzräumen rund 12 000 M. Entschädigung. Ist dagegen einem deutschen Flüchtling ein Anwesen im Werte von 100 000 M. von den Franzosen liquidiert worden, später dann in der Versteigerung für 70 000 bis 90 000 Fr. veräußert worden, so erhielt er nicht diese Summe für sein verlorengegangenes Eigentum, sondern er erhielt sage und schreibe 500 M. Entschädigung! Der Unternehmer im Ruhrgebiet also, der für die Beschlagnahme seiner Bureaus 12 000 M. aus dem Stresemann-Millionen-Beutel erhielt, bekam genau soviel wie 24 Flüchtlinge aus Elsaß-Lothringen oder dem Ausland, von denen jeder einzelne ein Anwesen im Werte von 100 000 M. hatte.

Das Tollste aber ist in der ungerechten Behandlung der Geschädigten im Ruhrgebiet gegenüber den geschädigten deutschen Flüchtlingen aus dem Ausland ein Fall, der sich dieser Tage in Frankfurt a. M. abgespielt hat. Dort ist ein Lagerhaus abgebrannt, in dem Vertriebene aus dem Ruhrgebiet wie auch Flüchtlinge aus Elsaß-Lothringen ihren geretteten Hausrat untergestellt hatten. Eines dieser Opfer kam als Rhein- und Ruhrgeschädigter in Frage, erhielt für seinen verbrannten Hausrat 16 000 Goldmark. Was aber haben die 80 aus Elsaß-Lothringen vertriebenen deutschen Familien für ihren verbrannten Hausrat bekommen? Für sie kommt das Verdrängungsschädengesetz in Frage, das eine Höchstentschädigung für verlorenen Hausrat von 1250 M. vorsieht!

Wie lange will die Reichsregierung Luther — nachdem die Öffentlichkeit nunmehr weiß, daß man den Ruhrindustriellen Millionen über Millionen an Ruhrrentschädigung bezahlt hat, ohne daß der Reichstag überhaupt gefragt wurde — diesem offensichtlichen Skandal der vertriebenen Behandlung der Ruhrindustriellen und der deutschen Flüchtlinge aus dem Ausland noch zusehen? Gilt für sie die Weimarer Verfassung, worin geschrieben steht: „Gleiches Recht für alle“ nicht mehr? Will sie den Vorwurf auf sich stürzen

lassen, daß die Opfer des verlorenen Krieges, die aus dem Ausland ohne Hab und Gut verdrängt wurden, wie Bürger zweiter Klasse behandelt werden, während die Ruhrindustriellen nicht nur am Kriege selbst, sondern auch noch an der Ruhrbefreiung zweifach und dreifach verdient haben?

Im Vergleich mit der Ruhrentschädigung an die Schwerindustrie sind die Entschädigungen, die den vertriebenen deutschen Familien aus dem Ausland gegeben werden, ein Skandal, der zum Himmel schreit und den sich das deutsche Volk schon aus Reinlichkeitsgründen dem Ausland gegenüber nicht gefallen lassen sollte.

Die Verleumdung ohne Ende.

Wels, Wissell und Robert Schmidt.

In der „Deutschen Tageszeitung“ vom 3. Februar wird aus einem Aufsatz des Dr. Walter Schotte, Herausgeber der „Preussischen Jahrbücher“, eine fabelhafte Geschichte zitiert, für die das Agrarierblatt Herrn Schotte vorsichtigerweise „die Verantwortung überlassen“ will. Dies der Inhalt der Geschichte:

„Wie war es möglich, daß ein Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, daß der Genosse Wels Arm in Arm mit dem „Genossen“ Barmat bei dem damaligen Wirtschaftsminister Wissell (Soz.) auftreten durfte, um ein Monopol für die Einfuhr von Arbeiterkleidung zugunsten dieses berüchtigten Schiebers zu verlangen? Herr Wissell — einer der weißen Raben — lehnte dies und andere Monopolforderungen ab. Er verließ der Sache des Herrn Wels! Sein Nachfolger wurde der bewährtere Genosse Robert Schmidt. Unter seiner Ägide kamen die Monopole zugunsten der Schieber zustande, die ihnen einen Umsatz von mehr als einer Milliarde Goldmark in Deutschland brachten.“

Die Moral, die die „Deutsche Tageszeitung“ aus diesem Geschreibsel zieht, ist die, die Sozialdemokratie müßte schon „im Interesse ihrer eigenen Sauberkeit“ in Preußen aus der Regierung ausscheiden und einwilligen das Regieren anderen Parteien überlassen, bis „die Säuberungsaktion vollendet“ sei! Nachfolgend, ich hör dir laufen!

In Wirklichkeit handelt es sich bei dieser Geschichte um eine der vielen Sumpfsentens, die in die Welt gesetzt werden, um Personen und Parteien mit Schmutz zu bespritzen. Die von dem Agrarierblatt aus „Sauberkeitsgründen“ ausgegriffene Ente war bereits am 22. Januar (!) in der „Bergisch-Märkischen Zeitung“ aufgefressen, einem Blatte, das an „Wahrheitsliebe“ der „Deutschen Tageszeitung“ nicht nachsteht. Unterm 24. Januar, unmittelbar nachdem er von dem Erscheinen der Notiz Kenntnis erhalten, hat Genosse Wels unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes ihr eine Berichtigung übersandt, in der es heißt:

„Ich habe niemals ein solches Verlangen an Herrn Wissell gestellt. Herr Wissell war deshalb auch niemals in der Lage, ein solches oder ähnliches Gesuch abzulehnen. Im übrigen erkläre ich im Einverständnis mit Herrn Wissell, daß unsere unveränderte freundschaftlichen Beziehungen das Gerücht von meiner „Rache“ an ihm am besten widerlegen.“

Diese Berichtigung ist spätestens am 26. Januar in der „Bergisch-Märkischen Zeitung“ abgedruckt worden. Trotzdem kommt eine volle Woche danach die „Deutsche Tageszeitung“, um den verleumderischen Rohl wieder aufzuwärmen. Nur ist sie so unvorsichtig, mit ihrer Anspielung auf Preußen gleichzeitig zu verraten, zu welchem Zweck dieser ganze Verleumdungsfeldzug geführt wird. Dadurch wird das Gerücht noch ungenießbarer, als es ohnehin schon ist.

Der Vollständigkeit halber sei hinzugefügt, daß auch Genosse Robert Schmidt dem lauberen Blatte in Elberfeld eine Erklärung hat zugehen lassen, in der er die Monopol-

geschichte ins Reich der politischen Fabeln verweist. Wir konnten bisher aber nicht feststellen ob sie abgedruckt worden ist.

Empfehlungsschreiben aus der Kaiserzeit.

Geschäftsreisen nach dem Balkan.

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht sehr merkwürdige Dokumente aus der Kaiserzeit. Es handelt sich um drei Empfehlungsschreiben des kaiserlichen Geheimen Zivilkabinetts aus den Jahren 1917 und 1918 für gewisse Persönlichkeiten, die im Auftrage der kaiserlichen Herrschaft Gadinen nach dem Balkan reisten. Eines dieser Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Es wird hiermit bescheinigt, daß im Auftrage und im Interesse der Herrschaft Gadinen (Besitzer: Seine Majestät der Kaiser und König) nach Oesterreich-Ungarn und dem Balkan reist.

Die Behörden werden gebeten, ihm auf seiner Reise zu unterstützen und ihm mögliche Erleichterungen zu gewähren.

Die beiden anderen Schreiben haben einen ähnlichen Wortlaut. Die Empfehlungen hatten die Wirkung, daß der ungarische Innenminister sämtliche Zivil- und Militärbehörden anwies, die betreffenden Herren zu unterstützen und sie von der Gepäckkontrolle zu entlassen.

Das „Berliner Tageblatt“ fragt, ob die Reisen der bevorzugten Herren überhaupt etwas mit der kaiserlichen Herrschaft Gadinen zu tun hatten und ob sie nicht vielmehr privaten Zwecken dienten, und verlangt den ehemaligen Bureaudirektor des Geheimen Zivilkabinetts Geh. Hofrat Tilsch, den sippigen Geh. Finanzrat und früheren Rittmeister Simon, den Regierungsrat Debing und den Geh. Regierungsrat Leopold Schröder in der Angelegenheit zu vernehmen.

Es ist anzunehmen, daß sich die deutsch-nationale Presse, die den Finanzskandal des Schwiegersohns des deutschen Innenministers Schiele so tapfer tschwaigt, dieser Sache mit derselben Energie annehmen wird. Sie hat sich nicht umsonst die Reinigung der Öffentlichkeit von der Korruptionsatmosphäre zur Aufgabe gestellt.

Das Washingtoner Abkommen.

Stellungnahme der Reichsregierung.

Dem Reichstag ist eine Auslassung des Reichssekretärs Dr. Brauns über die Stellungnahme der Reichsregierung zum Washingtoner Abkommen über den Küstenschutz zugegangen. Darin heißt es, daß die Reichsregierung die Ratifikation dieses Abkommens niemals grundsätzlich abgelehnt habe. Die jetzige deutsche Gesetzgebung über die Arbeitszeit sei von der Reichsregierung stets als eine Notgesetzgebung betrachtet und gekennzeichnet worden, an der sie von vornherein nicht länger festhalten wollte, als es die ganz vorübergehend schwierige Lage Deutschlands erfordere. Unsere Verluste, Lasten und Bindungen infolge des Krieges seien soviel schwerer als die aller anderen großen Staaten, unsere wirtschaftliche Zukunft sei ungeläutert, daß niemand von Deutschland ein Vorangehen in der Frage der Ratifizierung erwarten könne. (Vorangegangen sind längst andere große Industriestaaten. Ann. d. Red.) Das gelte um so mehr, als der Inhalt des Abkommens und demnach auch das Maß der Bindung bisher in Gesetz und Praxis der einzelnen Länder eine sehr verschiedene Auslegung gefunden habe. Deutschland sei gern bereit, mit den übrigen in Betracht kommenden Staaten eine Verständigung über die Auslegung des Abkommens herbeizuführen und würde sich in diesem Fall zur Ratifizierung bereitfinden. Dabei müsse die Reichsregierung als selbstverständlich voraussetzen, daß zur Verhütung außerordentlicher Gefährdung deutscher Lebensnotwendigkeiten der Artikel 14 des Washingtoner Abkommens Anwendung finde.

Das Zentrum in Bayern. Auf einem in München veranstalteten Parteitag der Anhänger des Zentrums in Bayern wurde ein Antrag angenommen, demzufolge der Name „Zentrum, christlich-sozialer Partei in Bayern“ abgeändert wird in „Deutsche Zentrumspartei in Bayern rechts des Rheins“.

Das Programm der Schwerindustrie.

Vergeltungszölle — „Pflegerische“ Behandlung des Kapitals — Vorbehalte für Einführung des Dreischichtensystems.

Köln, 3. Februar. (Mit.) Der neugewählte Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Geheimrat Duisberg, gewährte einem Vertreter der „Kölnischen Zeitung“ eine Unterredung, in der er sich über die drei wichtigsten Aufgaben Deutschlands aussprach. Diese seien:

Die Regelung der Handelsbeziehungen zu den fremden Staaten, die Steuerreform und die soziale Frage. In der Handelsvertragspolitik tritt Geheimrat Duisberg für eine grundsätzliche Neuordnung der deutschen Handelsvertragsbeziehungen auf der Basis eines internationalen Abbaues der Zollmauern ein. In diesem Sinne hat sich auch der Reichsverband der deutschen Industrie in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung auf dem Standpunkt gestellt, daß zu Beginn der Handelsvertragsverhandlungen Deutschland mit dem bestimmten Angebot der uneingeschränkten gegenseitigen Meistbegünstigung hervortreten müßte. Wo dieser Wunsch eines Abbaues der internationalen Zollmauern noch auf Widerstand stoße, werde sich die deutsche Industrie ein Rüstzeug in der Gestalt des deutschen Zolltarifs erhalten oder schaffen müssen, das geeignet ist, die anderen Länder vertragsbereit zu machen.

Hinsichtlich der Steuerreform betonte Geheimrat Duisberg als wesentliche Aufgabe die pflegerische Behandlung des Kapitals. Die Industrie erwarte nicht nur eine gerechte Regelung der Steuerlast für 1924, auf die bisher nur Vorauszahlungen geleistet sind, sondern auch endlich wieder die Einführung eines normalen Veranlagungsverfahrens auf der Grundlage einfacher und klarer Gesetze.

Auf sozialem Gebiete müßte alles getan werden, was sich wirtschaftlich und in bestimmtem Umfang auch in kultureller Hinsicht vertreten läßt. Ein Uebergang zum Dreischichtensystem in der heutigen Zeit, in der wir alle zu einer Steigerung unserer Arbeitsleistung beitragen müssen, ist nach Meinung des Geheimrats Duisberg nur dann zu rechtfertigen, wenn die Sicherheit besteht, daß damit unsere Produktionsfähigkeit keinen Abbruch erfährt.

Neues litauisches Kabinett.

Kowno, 3. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der litauische Staatspräsident beauftragte den bisherigen Finanzminister Petrulis mit der Kabinettsbildung. Petrulis nahm den Auftrag an und bildete eine Regierung, die sich folgendermaßen zusammensetzt: Petrulis Ministerpräsident und Finanzminister, Carnetis Außenminister, Endzinius Innenminister, Dr. Jakonas Kultusminister, Tumasius Justizminister, Krupavicius Landwirtschaftsminister, Ingenieur Slys Verkehrsminister, Oberst Dantanas Kriegsminister. — Das neue Kabinett ist ebenfalls ein christlich-demokratisches. Es dürfte sich lediglich dadurch von dem alten unterscheiden, daß es die Durchführung der Seimelis-Wahlen im Wahlgebiet beschleunigen wird. Die letzten politischen Vorgänge — es sei an den Abbruch der deutsch-litauischen Verhandlungen in Berlin, an den privaten Besuch des litauischen Staatspräsidenten bei Ebert und an die Stimmung, die sich gegen Litauen in der letzten Zeit äußert, erinnert — führten zu dem Sturz des alten Kabinetts. Wenn das neue Kabinett erfolgreiche Arbeit leisten und das Ansehen Litauens sowie seine außenpolitische Stellung verbessern will, muß es so schnell wie möglich die Seimelis-Wahlen im Wahlgebiet durchführen. Petrulis ist u. a. ein vorzüglicher Kenner der Verhältnisse im Wahlgebiet. Ob es ihm gelingen wird, gegen jene Gruppe innerhalb der christlich-demokratischen Partei durchzudringen, die mit aller Macht versucht, die Seimelis-Wahlen zu unterbinden, muß abgewartet werden.

Die Stadt Berlin wird anlässlich der Tagung des Hauptstaatskongresses des Deutschen Städtebundes am 6. Februar 1925 abends 8 Uhr in den Festräumen des Berliner Reichstages einen parlamentarischen Abend des Deutschen Städtebundes veranstalten, zu dem auch an die Reichs- und Staatsbehörden sowie an den Reichstag, Reichsrat, Staatsrat und Landtag Einladungen ergangen sind.

Der Vater der Soldaten.

Von Dr. S. Müller.

„War in den Revolutionstagen 1918. Die Nachricht von den Vorgängen in Kiel und Berlin war auch bis in unsere Stadt gekommen. Und nach allem, was sich hier während des Krieges abgespielt hatte, durfte man annehmen, daß die Entwicklung nicht glatt und ruhig vor sich gehen würde. Da war ich Zeuge eines Gesprächs zwischen unserem Stabkommandanten und dem Leiter unserer Kasernen.“

„Sind Sie sicher, Herr von L., daß die Truppen bei uns nicht ebenfalls meutern?“

„Aber ich bitte Sie, mein Befehl, bei der Berehrung, die ich bei den Truppen genieße, ist auch nicht das geringste zu befürchten. Ich habe sie fest in der Hand und würde auch niemandem raten, nur zu meutern.“

„Aber . . .?“

„Ich bitte Sie, was soll dieses „Aber“? Sie wissen doch, wir haben so viel Offiziere während des ganzen Krieges hier in der Garnison gehabt, die genau wissen, mit welchen Mitteln man vorzugehen hat, und schließlich hat man sich doch bei den Truppen hier ein starkes Vertrauen erworben. Sie nennen mich doch Ihren Vater!“

„So? Das habe ich noch nicht gehört.“ erwiderte der Polizeidirektor.

„Ne, jeder Offizier wird's Ihnen sagen.“

„Ja, die — aber lassen wir das. Wissen Sie, ich war heute zuhause Zeuge eines Gesprächs, wo zwei Soldaten, Bürger unserer Stadt, ihrem bestigsten Unwillen darüber Ausdruck gaben, daß sie, die hier zum Heere einberufen wurden, auf Ihren generellen Befehl vom Bürgersteig hätten heruntergehen müssen, wenn sie auch dem jüngsten Beutnant begeben. Sogar wenn sie mit ihren Frauen gingen, hätten sie das zu tun. Diese Ihre Anordnung scheint doch außerordentlich weiter zu wirken, denn es handelt sich doch um ältere Familienväter, die hier, wie sie sich ausdrücken, geistig und moralisch auf das schwerste mißhandelt worden seien.“

„Unsinn, alles. Im Heer heißt es gehorchen. Basta! Im übrigen, das sind doch nur einzelne Unzufriedene. Das hat nichts weiter zu bedeuten. Und legen Sie sich das eben fest.“

Am nächsten Tage wurde ich telephonisch angerufen. Mir wurde mitgeteilt, daß am Nachmittag zu einer bestimmten Stunde an einem bestimmten Platz mehrere Kompanien unserer Garnison meutern wollten. Man hatte dies auch dem Polizeidirektor mitgeteilt, aber er hatte erwidert, unser Stabkommandant habe erklärt, er habe die Truppen fest in der Hand. Danach sei eine Meuterei ausgeschlossen. Tatsächlich waren um die bestimmte Zeit an dem bestimmten Ort verschiedene Kompanien versammelt, die ihre Waffen fortworfen und heraus erklärten, dem Befehlshaber nicht mehr Folge zu leisten. Ihre erste Forderung lautete: Weg mit dem Stabkommandanten, der uns in dieser Weise gefährdet hat, der selber niemals an der

Front war, nicht weiß, wie es einem zuzunute ist, wenn man so lange im Schützengraben war, und auch im ältesten Manne nicht den Menschen achtet.“ Es gelang mir einem ruhigen Vermittler, durchzusetzen, daß dem Stabkommandanten erlaubt wurde, binnen 24 Stunden die Stadt zu verlassen. Das war der Mann, der sich als Vater der Soldaten bezeichnete und die Truppen fest in der Hand hatte.

Der Neuführer Sängerkorps in der Singakademie. Den Neuführer Sängerkorps führte Jascha Horenstein am Sonntag in der Singakademie zum erstenmal ins Treffen. Der Chor, der nicht besonders stark besetzt ist, dem auch ein Junwachs an Tönen zu wünschen wäre, zeigt ein ernstes Streben, das hier erste Erfolge werden ließ. Auf der Grundlage einer gesunden und lebendigen Sprachgestaltung baute sich die gefangene Leistung auf. Zwar ist im Ton noch manches rauh und nicht genug abgeschliffen, doch kam es schon stellenweise zu überaus runden Klangleistungen. Vor allem bemüht sich der Chorleiter auch um die Erzielung eines in allen Lagen gut abgestimmten Pianoforte. Was unter den Chorleistungen in Schuberts „Koch“ noch manche Intonationschwankung zu suchen, so gelang doch gerade diese Komposition, im Tempo vielleicht etwas zu breit genommen, als Ganzes besonders schön. Scharfsinnige heisse Gefänge aus der russischen Revolution wirkten wieder durch ihre abrupte Einfachheit. Am rundesten wurde die Bestellung des Vereins natürlich in den vier Volksliedern. Aber singen Arbeiterlänger einmal Mendelssohn-Bartholdys „Wer hat dich, du schöner Wald“ (ob es in seiner ganzen Haltung wie mit seinem musikalischen Wert hierher paßt, das bleibe dahingestellt), so sollen sie ruhig die Schlüsselrolle zu lösen, wie sie ist: „Schlief dich Gott, du deutscher Wald.“ Tendenzlose Textänderungen in einem Kunstwerk sind und bleiben künstlerischer Mißgriff. Das Beppo-Schubert-Quartett bestritt einen umfangreichen Teil des Abends. Im handschen G-Dur-Quartett (worum wies das Programm keine Opuszahlen auf) schien mir manches Übermäßig männlich forciert, obwohl Zusammenklang wie Auffassungsart vorbildlich waren. Ueberrassend schön in der Vinführung gelang Brahms A-Moll-Quartett in zwei Sätzen. Thereses Beppo-Schubert spielte mit Heinz Tiesens am Flügel Kompositionen von Rimsky-Korsakoff, Tiesens und Schubert. Des letzteren Ballettmusik war nach der eindrucksvollen Totentanzmelodie Tiesens stimmungsgemäß eine große Stilligkeit. Solche psychologischen Saltomortales mude man doch den Hörern nicht zu. Im ganzen war es ein Abend, der starke Anregungen vermittelte und in seinem Aufbau die zahlreiche Zuhörerschaft stark fesselte.

Rundfunk hat 20 Millionen. Der Rundfunk hat in den Vereinigten Staaten eine so gewaltige industrielle Ausdehnung erfahren, daß er nach einem Wort des Staatssekretärs Hoover sich im Laufe eines Jahres „von einer Spielerei zu einer öffentlichen Einrichtung“ entwickelt hat. Nach den neuesten Statistiken sind 200 000 Menschen in der Radioindustrie beschäftigt. 20 Millionen hören dem Rundfunk zu, in 4 Millionen Wohnungen befinden sich Empfangsapparate, und 3 Millionen Wohnungen werden in diesem Jahre eingerichtet erhalten. Es gibt 537 Sendestationen. Der Durchschnittspreis einer Radioanlage beläuft sich auf 60 Dollar, und die täglichen Verkäufe

von Radioapparaten werden auf 100 000 Dollar geschätzt. Da das nordamerikanische Volk 16 Millionen Kraftwagen besitzt, so sehen die Fabrikanten keinen Grund dafür ein, daß nicht auch mindestens die gleiche Anzahl von Radioapparaten verkauft werden kann. Der Industrie bieten sich also noch unbegrenzte Möglichkeiten. In der Praxis bedient man sich des Rundfunks immer mehr, und die Gehalts- und Theater- und Konzerte für ihr Geschäft befürchteten, stellen sich nicht ein. Die Verwendung des Rundfunks zur Verbreitung von Predigten und Universitätsvorlesungen hat das Interesse für den Besuch von Kirchen und Hochschulen sehr gefördert. Als vor kurzem zwei hervorragende Sänger ein Radiokonzert gaben, das 6 Millionen mit anhörten, da fürchte man, daß die Konzerte nicht mehr besucht würden. Aber der Erfolg war, daß 30 000 Grammophonplatten von den Musikfirmen, die sie hergestellt, und eine noch viel größere Anzahl von Noten verkauft wurden. Ueberhaupt schätzt man den indirekten Gewinn in den amerikanischen Geschäftskreisen sehr hoch ein, und die Kosten der Sendestationen werden zum großen Teil von der Industrie getragen. Staatssekretär Hoover, dem der Rundfunk unerschrocken ist ein Gegner aller Abgaben, die von den Rundfunkhörern in anderen Ländern gefordert werden. Er beschließt aber, eine mächtige Steuer auf die Anlage der Apparate zu legen.

Die in Rußland gefasste Lokomotive. Schon der englische Maler Turner hatte sich zu einem Gemälde anregen lassen, das die Kraft und die Schnelligkeit einer Lokomotive verherrlicht und auch Rudyard Kipling hat eines seiner rhythmischen Prosastücke dem gleichen Thema gewidmet. Heute ist die Rußland an der Reihe, diese Kunstgattung der Lokomotive fortzuführen. Arthur Honegger, der junge französische Komponist, hat dieser Tage in der Londoner Queens Hall eine symphonische Dichtung zur Aufführung gebracht, die unter dem Titel „Pacific 231“ diese Aufgabe erfüllt. Der Titel ist der Name einer der größten Lokomotiven der Pacificbahn, und die poetische Idee von Honeggers neuer symphonischer Dichtung gilt der tonmalerschen Illustration einer Fahrt der gewaltigen Lokomotive. Der Komponist hat sich von Kindheit an für Lokomotiven brennend interessiert. Er lebt fern vom Weltgetriebe in einem versteinerten Landhäuschen, und die Wände seines Arbeits- und Schlafzimmers sind bedeckt mit Bildern von Lokomotiven aller Größen und Systeme. Die Wiedergabe der gewaltigen dynamischen Kräfte, die hier lauchend und zischend am Werk sind, geschieht in der Musik der neuen Symphonie mit so anschaulicher tonmalerscher Realistik, daß bei einer der Proben sich den Lippen eines der Konzertbesitzer des Orchesters unwillkürlich die sichersten Worte entzogen: „Bitte die Fahrarten.“ Die Wirkung der Musik im Konzert läßt kein Urteil zu, ob das Werk dem Publikum geliebt oder nicht. Während die einen pfeifen und zischen, klatschen die anderen mit nicht minder großer Heftigkeit Beifall. Honegger hat sich hier zum erstenmal als impressionistischer Musiker betätigt. Bisher ist er nur mit zäher Kammermusik hervorgetreten.

Die Louischelle für wissenschaftliche Literatur wird, da sie nach dem Ausbrennen der Restationspreise ihre innere Berechtigung verloren hat, am Sonnabend, den 23. Februar, um 4 Uhr nachm., aufgelöst. Die Geschäftsinhaber werden, ihre Wünsche bis zum 21. Februar einzufenden.

Ein Ausschuss des bayerischen Kunstvereins findet diesen Sommer in München, anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Münchener Kunstgenossenschafts statt.

Erbfen mit Speck.

Es gibt kein Gericht, das in Berlin so viel gegessen wird, wie Löffelersfen mit Speck. (D. h., der Speck stellt mehr das dekorative Element.) Vielleicht machen ihnen Wschingers Bodwurst mit Salat Konkurrenz. Speckersfen kosten vierzig Pfennige, manchmal sogar nur dreißig. Ein großer Teil Berlins lebt von diesem Gericht, das seiner Billigkeit wegen wieder zu Ansehen gelangt ist. Feinschmecker verschmähen es natürlich. Früher war es fast ausschließlich eine rein bürgerliche Angelegenheit; heute nähren sich auch arme Künstler davon. Agenten oder Vertreter, Drochsenkutscher und Zeitungsfrauen bevorzugen diese kräftige Kost, die meistens ganz schmachtlos ist. Erbsen wärmen gut auf und füllen den hungrigen Magen; der darin herumschwimmende Speck gaukelt der Phantasie die berühmten ägyptischen Fleischdörse vor. Ein Döschchen aus dem Schlaraffenland zieht in unsere Nase. Unzählige Erbsensfen nähren sich täglich von Löffelersfen, die überall zu haben sind, in Wartsälen und Kantinen. Wenn man eingeladen ist und Angst haben sollte, nicht satt zu werden, empfiehlt es sich, vorher eine Portion Erbsen zu genießen. Dann wird man von den gereichten Speisen so wenig nehmen, wie es eben „vornehm“ ist. Bei Wschinger gibt es sogar ein Brötchen gratis, was uns an seltsame Zeiten erinnert. Damals kosteten die beliebten Löffelersfen gewöhnlich nur 25 Pfennige, und wer ganz großen Hunger hatte, konnte ruhig ein Duzend Brötchen dazu verzehren. Aber damals hatte wohl niemand Appetit auf Erbsen. Wir sind ärmer und — klüger geworden, so ist Spartaneer. Freilich fühlen sich viele wieder ins Schlaraffenland zurückversetzt. Mögen sie schlimmen — wir armen Schläuder essen mit Todeserwartung oder mit Begeisterung die Mode gewordenen Löffelersfen.

Um die Neuköllner Großhandelsgesellschaft.

Die unbequeme Konkurrenz.

Wie die von der Stadt begründeten Gesellschaften von den bürgerlichen Parteien systematisch zu Tode geführt werden sollen, dafür ein lehrreiches Beispiel:

Die Neuköllner Großhandelsgesellschaft m. b. H., deren Inhaber und einziger Gesellschafter die Stadt Berlin ist, wurde im Jahre 1919 mit 50 000 Papiermark begründet. Ein vollkommen unzureichendes Betriebskapital, das bis auf den heutigen Tag von dem Gesellschafter noch nicht erhöht wurde. Aus eigenen Mitteln und Ueberbüchsen wertete die Gesellschaft ihr Betriebskapital auf 250 000 Reichsmark auf — ohne Zutun des Magistrats. Das Verdienst für die Aufwertung liegt lediglich auf Seiten der Geschäftsleitung. Nach dem Geschäftsvertrag ist Aufgabe der Gesellschaft der Einkauf, die Herstellung und der Vertrieb von Nahrungsmitteln. Der Reingewinn wird . . . zu gemeinnützigen Zwecken im Interesse der Einwohner der Stadtgemeinde, und zwar vorwiegend der minderbemittelten Volksschichten verwendet. Im übrigen sollte das Unternehmen im Interesse der Rinderbrennereien auf dem Lebensmittelmarkt preiskontrollierend wirken. Diese Aufgabe hat es sich besonders angelegen sein lassen. Die Brotbackerei und Ueberbüchsenwirtschaft gehörte nicht zu den Funktionen. Es war kein werbendes, sondern soziales Unternehmen. Diese Einstellung erregte die Wut der Kräfte der Wirtschaftspartei und Gleichgesinnter; ein Beweis, daß die gestellten Aufgaben erfüllt wurden. Die Gesellschaft wurde als unbequeme Konkurrenz empfunden. Daher das Bestreben der bürgerlichen Parteien und Mittelständler auf Beseitigung. Während: Bäcker, Schlächterinnungen usw. Wortführer in der Stadtverordnetenversammlung: Wirtschaftspartei. Dazu fehlt den Herren der Welt, ihre Absichten front und frei und unumwunden der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Sie möchten gern einen Skandal à la Barnat erfinden und ihn als Vorwand für ihre Zwecke benutzen. Als willkürliche Handlungsbefugnisse die begangenen Verletzungen wegen entlassene Angestellte, die bereits wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung Gefängnisstrafen abgelesen hatten. Solche Ehrenmänner sind die Berater der tugendhaften Herren der Wirtschaftspartei, deren Angaben sie Glauben schenken. Dürfen aus dem Umgang Schüsse gezogen werden nach dem Sprichwort: „Sage mir, mit wem du umgehst —“ Fast hat es den Anschein, als ob die bürgerliche Mehrheit bei dem beschuldigten Verkauf der Neuköllner Großhandelsgesellschaft denselben Weg gehen will in umgekehrter Richtung wie bei dem Verkauf des Gutes Britz. haben sie in dem Fall durch übergroße Schamlosigkeit nahezu 1 000 000 Mark mehr bezahlt, als sie es zu kaufen Gelegenheiten hatten, so bemühen sie sich offenbar im weiteren Fall, durch ihre verbündeten Maßnahmen den Wert des Unternehmens herunter zu wirtschaften — zum Schaden der Steuerzahler und Rinderbrennereien. Ein wertvolles Objekt, eine nützliche Einrichtung der Stadt zum Besten der ärmeren Bevölkerung soll verschachert werden, um die Mittelständler von einer unbequemen Konkurrenz zu befreien.

Wegen Mordversuches verhaftet.

Ein Revolveranschlag verurteilte gestern in der Stögler Straße Nr. 38 große Aufregung. Hier wohnte ein 23jähriger Schloßer Edmund Reinhardt. Dieser war bis vor kurzem bei dem Klempnermeister Ratzsch in dem Hause Nr. 67 beschäftigt, wurde aber wegen Differenzen entlassen. Er schrieb nun der Klempnerinnung anonyme Briefe, in denen er den Meister des Diebstahls, der Verhaftung dazu und des Betruges beschuldigte. Ratzsch mied die Beschuldigungen vor der Anmahnung zurück und ging hierauf zu Reinhardt, in dem er den Briefschreiber ermahnte. Auf dem Hinweg forderte er ihn auf, seine Briefe mit einer Entschuldigung zurückzunehmen. Reinhardt oder ließ in seine Wohnung hinein, holte eine Pistole heraus, verfolgte den Meister, der sich zur Heimkehr gemacht hatte und gab aus unmittelbarer Nähe sechs Schüsse auf fünf Schüsse auf ihn ab, die glücklicherweise fehl gingen. Er ergriff dann die Flucht. Beamte des Volkspolizeiorgans verfolgten und ergriffen ihn. Reinhardt wurde wegen versuchten Mordes der Kriminalpolizei vorgeführt.

Großfeuer in einer Druckerei.

In der letzten Nacht wurde die Buchdruckerei von Gosdeck u. Gillinet in der Potsdamer Straße 110 an der Wollenslebenstraße von einem größeren Feuer heimgesucht. In der fünften Morgenstunde stand dort auf dem Hofe das Erdgeschloß und erste Stockwerk in solcher Ausdehnung in Flammen, daß die Wehr unzureichend mit mehreren Schlauchleitungen von Motorspritzen vorzugehen mußte. Die Flammen hatten besonders an Papier und der Einrichtung reiche Nahrung gefunden. Groß war die Hitze und Qualmentwicklung im Erdgeschloß. Das Zwischengeschloß brannte an mehreren Stellen. Trotzdem gelang es, eine weitere Ausdehnung zu verhindern. Die Entstehung des Feuers ist noch nicht aufgeklärt. Der Betrieb der Druckerei soll fortgesetzt werden.

Nach ein „Kinderstaud“. Bei Besprechungen des Überleiters einer Gemeindefschule in Südborn der Stadt wurde auch auf die Gefahren hingewiesen, denen die Kinder in der Großstadt, wie die Aufdeckung der Schmutzkanäle in der Brangel- und Butmannstraße zeigen, ausgesetzt sind. Bei dieser Gelegenheit wurde ein Keller in dem Hause Gütshagen Str. 74 als verdächtig bezeichnet. Man machte die Behörden darauf aufmerksam und die Ermittlungen der Kriminalpolizei bestätigten den Verdacht. Es wurde festgestellt, daß der 45 Jahre alte Kunsttischler Walter Schröpfer aus der Wernschener Str. 2, der in dem Keller seinen Bereich hat, fortgesetzt junge Mädchen bis zu 13 Jahren an sich lockt und sich an ihnen in seinem Keller vergibt. Bis jetzt wurden 14 kleine Mädchen, die dem Wüstling ins Garn gingen, festgesteckt. Schröpfer wurde

verhaftet. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen nähern sich diese Unholde ihren Opfern besonders abends in schlecht beleuchteten Straßen.

Die freie Wohnungswirtschaft.

Am 1. Oktober vorigen Jahres hat die Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume aufgehört; damit ist ein langgehegter Wunsch vieler Hausbesitzer, Wirtschaftsparteiler und Mittelständler in Erfüllung gegangen. Den Hausbesitzern ist wieder die Möglichkeit gegeben, ihre Vermieterinteressen wahrzunehmen. Doch das zumeist in der rückwärtslosten Weise geschieht, davon legt folgender Fall Beispiel ab.

Im Hause Schmidstraße 5, das der Buttergroßfirma Gebrüder Groh, „Hofflieferant“, gehört, hat seit einer ganzen Reihe von Jahren die Firma „Thanaessia“ ihre 1883 gegründete Trauerschneiderei untergebracht. 226 Quadratmeter dem Hof der Inhaber obiger Fabrik, 260 Quadratmeter ein Hauptmieter. Letzterer geriet in Zahlungsschwierigkeiten und verkaufte seine Werkstatt. Der neue Käufer, ein ehemaliger Maurer aus Trauen, der dort seine Familie zurückließ, und mit seiner Gattin in der Schmidstraße eine neue Existenz anfangen wollte, konnte keinen festen Fuß fassen. Trauer und von Herrn Groh als Hauptmieter anerkannt und die Trauerschneiderei mußte die Miete dem Maurer zahlen. Der Inhaber der Schneiderei, der zeitweise bis zu 80 Personen beschäftigte, während sein Hauptmieter nur von zweifelhaften Geschäften lebte, bot nun Herrn Groh wiederholt, ihm die Geschäftsräume zu überlassen, erklärte sich sogar bereit, die Miete auf ein Jahr im voraus zu entrichten. Anfanglich schien Herr Groh dazu bereit, plötzlich aber wandelte sich seine Gesinnung und schützte mit der sehr komischen Begründung ab, seine Leute seien damit nicht einverstanden“. Bis vor dem 1. Oktober erlängte sich unser ehrwürdiger Schneidermeister sein Recht auf Verbleiben. Sein über 40 Jahre bestehendes Geschäft konnte nicht so glatt auf die Straße gesetzt werden. Jetzt kommt die Aufhebung der Zwangswirtschaft. Die gewerblichen Räume — auch die 216 Quadratmeter des Schneiders — werden im „Berliner Lokal-Anzeiger“ ausgeschrieben und ein Rumäne Wandelbaum macht mit Groh einen sehr löhnlichen Vertrag.

Nun kommt, was kommen mußte: Wandelbaum wird als rechtmäßiger Besitzer anerkannt, klagt auf Herausgabe des Schneiders, und die Gerichte geben ihm recht. Die Schneiderei muß aus dem Hause des „Hofflieferanten“ Groh verschwinden, so will es das Gericht und der Herr Hausbesitzer. Das Urteil auf fristlose Räumung ist ergangen. Die Schneiderei mit allem Drum und Dran wird auf die Straße gesetzt. Herr Wandelbaum, der in der Friedrichspassage ein Geschäft, in der Richenberger Straße die Fabrik und an einer dritten Stelle seine Bureauräume haben soll, darf in das Haus Schmidstraße 5 ziehen. Wo der Schneidermeister ein neues Heim findet, wissen vielleicht die Götter.

Flugzeugunglück in Staaken.

In die Zeppelin-Halle gestürzt.

Heute vormittag gegen 11½ Uhr stürzte ein Schiffsflugzeug, das mit einem Flugschüler besetzt war und sich auf einem Übungsflug befand, aus großer Höhe ab und in die Zeppelinhalle auf dem Flugplatz Staaken bei Spandau hinein, die für Flirmaufnahmen umgebaut ist. Fünf dort beschäftigte Arbeiter wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Der Flugschüler v. Willeisen, der sich in dem Flugzeug befand, war sofort tot.

Wie kommen die Gemeinden aus der Wohnungsnot heraus? Diese Frage behandelt der städtische Bürgermeister a. D. Genosse Viktor Rosd in einer öffentlichen Veranstaltung, zu der der Bund Deutscher Bodenreformer, Ortsgruppe Berlin, einludet, am Mittwoch, d. 4. d. Mts., abends 8 Uhr in der Aula der Oberschule in Bantow (Dreieckstraße). Der Redner wird erklärende Bilder von Wohnungsnot auf dem Lande, in der Reichsstadt und in Berlin geben und über die bisherigen Finanzierungsversuche des Kleinwohnungsbaus, insbesondere der Heimstättenliebling und über die grundsätzliche Lösung der Wohnungsfrage sprechen. Zu der Veranstaltung sei jedermann Zutritt.

Das Erdbeben in Ungarn.

Die Stadt Erlau schwer beschädigt.

In der Gegend des Tatrogebirges, insbesondere in der Stadt Erlau haben sich die Erdstöße in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag wiederholt. Einem leichteren gegen 10½ Uhr nachts verpürten Erdstöße folgte um 12.15 Uhr nachts ein stärkeres Beben, das an vielen Häusern wiederum starke Risse und Beschädigungen verursachte. Um 4½ Uhr und 6.30 Uhr früh wurden zwei weitere Erdstöße verpürt. Viele Häuser sind so erheblich beschädigt worden, daß sie einzustürzen drohen. Infolgedessen mußten die zahlreichen Familien ihre gefährdeten Wohnungen verlassen. Der Bürgermeister von Erlau hat zugunsten der Betroffenen eine Hilfsaktion eingeleitet. Der an den letzten beiden Tagen verursachte Materialschaden dürfte sich auf mehrere Millionen belaufen. Mehrere Personen wurden verletzt.

Die Wettermeldungen des Eiffelturmes.

Nachdem wiederholt in der deutschen Presse und dann insbesondere von Mund zu Mund in der Behauptung verbreitet wurde, daß der Eiffelturm zur Zeit der Abfahrt des Z. R. 3 seine Wettermeldungen eingestellt oder sogar irreführende Nachrichten gegeben habe, hat sich die Deutsche Liga für Menschenrechte direkt an Dr. C. Cener gewandt und angefragt, ob es zutrifft, daß diese Behauptung von ihm selbst ausgegangen sei und ob ihm bekannt sei, daß nach Wissen der Liga gerade der französische Meteorologe Henri Rovel vor einer Fahrt im September wegen der zu erwartenden Wetterchwierigkeiten gewarnt habe. Darauf erhielt die Liga am 13. Januar folgende Antwort:

Auf Ihre Anfrage vom 6. d. M. beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß ich die französischen Nachrichten über die Wettermeldungen des Eiffelturms nie gesehen habe und auch nicht tun konnte, da sie den Tatsachen nicht entsprechen. Der Eiffelturm hat uns weder durch Meldungen irreführt, noch hat er, wie gleichfalls in Zeitungen zu lesen stand, uns in unserem FZ-Dienst gestört.

Die Nachricht dagegen, daß der französische Meteorologe Henri Rovel uns vor der Fahrt im September gewarnt habe, entspricht den Tatsachen. Wir haben allerdings auf diese Warnung nicht irgendwelche Rücksicht genommen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 1. Kreis, Mittwoch, den 4. Februar, 7½ Uhr, wichtige Fraktionsanfrage, Nationalparlament, Zimmer 26.
- 2. Kreis, Freitag, die Sitzung der Referenten findet unabhehelbar nicht Dienstag, sondern Donnerstag, den 4. Febr., abends 8 Uhr, bei Eitel, Ring- u. G. W. 10, statt.
- 3. Kreis, Freitag, 7½ Uhr, im Jugendheim, Kollwitz 2, Frauenabend.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Schloßstr. 27. Tel. 3 22. Kameradschafts-Vereine. Die Zugführer müssen noch heute wichtige Nachrichtsmaterialien von Burg abholen lassen. Mittwoch, den 4. abends 8.30 Uhr, Treffpunkt Verlegerer Tor, ohne Fahnen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Das bekannte Schuh-Fabrikat „Schwarz“, 22, mit seinen hübschen Koffeln (Samen 12 und Frankfurt 12) 22, bringt im Monat Februar wieder eine Reihe von besonders hübschen Angeboten in „Samen“, „Hercules“ und „Kleinsteins“, zum Kauf an. Wir bitten unsere Leser auf das heutige Jahrestag hin und ist es Jedermann zu empfehlen, seinen Bedarf bei dieser Firma zu decken.

Gewerkschaftsbewegung

Die Sowjetstipendiaten in der Klemme.

Der Bericht des englischen Gewerkschaftsführers Turner über Russland, den wir am 20. Januar veröffentlichten, hat sowohl in Deutschland, mehr aber noch in Frankreich, England und anderen Ländern ungeheures Aufsehen erregt, da er das Lügengewebe, das die Kommunisten mit Hilfe der tendenziösen oder zweideutigen Äußerungen Burcells, Ben Tillets u. a. hergestellt hat, mit einem Schlag zerriß. Die „Rote Fahne“ sowie die übrige Rubelpresse hat es bisher nicht gewagt, den Inhalt des Turner-Berichts ihren Lesern zur Kenntnis zu bringen. Jetzt kommt sie mit den lächerlichen Einwendungen, wir hätten aus dem Turner-Bericht „alle diejenigen Sätze, die für die Sowjetunion irgendwie günstig sein könnten, einfach weggelassen“. Als Beweis führt sie eine Stelle aus dem Bericht an, wonach der gefangene Sozialrevolutionär Timofejew Turner mitgeteilt hätte, daß die Gefangenen vor vier oder fünf Monaten die Erlaubnis erhalten hätten, in den Korridoren während des Tages hinauszufragen und miteinander zu sprechen, und daß die Delegation sich mit den Gefangenen im Korridor und in den Zellen frei unterhalten konnte. Au dem Fehlen dieser Stelle in unserer Wiedergabe folgert die „Rote Fahne“, daß wir den Bericht gefälscht hätten. Wir können aber dem kommunistischen Blatte verraten, daß wir außer dieser Stelle noch eine ganze Reihe anderer weggelassen haben. So fehlt beispielsweise in unserem notwendigerweise gekürzten Bericht eine ausführliche Schilderung der Lage der Gefangenen und verbannten Anarchisten und Syndikalisten, für deren Schicksal Turner sich interessierte. Es fehlt ferner der Hinweis auf das traurige Schicksal der bekannten Revolutionärinnen Maria Spiridonowa und Alexandra Ismailowitsch, von denen bekanntlich die erstere vor kurzem in den Hungersticht getreten ist. Wertwürdigerweise beklagt sich die „Rote Fahne“ über die Streichung dieser Stellen in unserem Bericht nicht. Sie geht vielmehr in ihrer Dummheit so weit, daß sie ausdrücklich bekräftigt, wir hätten alle diejenigen Sätze, die für die Sowjetregierung irgendwie günstig sein könnten, weggelassen. Damit bekräftigt das Berliner Kopfblatt der „Promda“, daß das einzig Günstige, was über Sowjetrußland gesagt werden kann, darin besteht, daß die politischen Gefangenen im Moskauer Gefängnis seit einigen Monaten die Erlaubnis erhalten haben, während des Tages in die Korridore hinauszufragen und miteinander zu sprechen. Wir glauben nicht, daß die Moskauer Vorgesetzten der „Roten Fahne“ über dieses Eingeständnis ihres Berliner Sprachrohres sehr erbaut sein werden.

Im übrigen schwindelt die „Rote Fahne“, wenn sie erklärt, wir hätten in unserem Bericht verschwiegen, Turner habe wiederholt Gelegenheiten gehabt, mit seinen anarcho-syndikalistischen Gesinnungsgenossen zu verschiedenen Konferenzen zusammenzutreten. Das stimmt nicht. In unserem Bericht steht ausdrücklich: „Ich kann in diesem Bericht nicht genügend klar machen, welche Schwierigkeiten ich hatte, um in Berührung mit den mir gemähten Menschen zu kommen.“ Daraus geht klar hervor, daß Turner mit seinen engeren Freunden in Berührung gekommen ist, aber nicht, wie die „Rote Fahne“ glauben machen will, auf vollkommen freiem und ungehindertem Wege, sondern erst nach Ueberwindung der größten Schwierigkeiten und unter den größten Vorkehrungsmaßnahmen. Das zeigt das Sowjetparadies in einem ganz anderen Lichte, als es die „Rote Fahne“ wahr haben will. Deshalb hätte sie sich auch, den Inhalt des Turner-Briefes ihren Lesern zur Kenntnis zu bringen.

Die nächste Internationale Arbeiterkonferenz.

Die siebente Internationale Arbeiterkonferenz wird am 19. Mai in Gen zusammenzutreten. Jeder Mitgliedsstaat ist zur Entsendung von vier Delegierten berechtigt, wovon zwei die Regierung und je einer die Unternehmer und die Arbeiter vertreten. Ingesamt gehören nun 38 Staaten der Internationalen Arbeiterorganisation an; von wichtigen Mächten stehen ihr nur noch Rußland und die Vereinigten Staaten von Amerika fern.

Die bisherigen sechs Internationalen Arbeiterkonferenzen haben mehr als 30 arbeitsrechtliche Beschlüsse gefaßt, welche die Arbeitszeit, den Schutz der Frauen und Kinder, die Arbeitslosigkeit, die Auswanderung, die Gewerbeschließungen usw. zum Gegenstand haben und bereits zu bedeutenden Fortschritten der sozialpolitischen Gesetzgebung der Mitgliedsstaaten Anlaß gaben.

Auf der Tagesordnung der siebenten Konferenz stehen: Arbeiter-Unfallversicherung, Gleichbehandlung in- und ausländischer Arbeiter in der Unfallversicherung, wöchentliche Betriebsruhe in Glasbläsen mit Wärmehäfen, Nachtarbeit in Bäckereien.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung kann die Konferenz einen Entwurf zu einem internationalen Uebereinkommen beschließen, n. d. der Ratifikation bedarf, um wirksam zu werden, oder einen Vorschlag, der eine Willensäußerung der Konferenz an die Gesetzgebungen der Mitgliedsstaaten darstellt, sie aber in bezug auf die Art und Weise der Durchführung nicht bindet. Die anderen drei Punkte wurden bereits auf der Konferenz von 1924 behandelt und können diesmal zur endgültigen Abstimmung. Außer den genannten Punkten werden auch andere Gegenstände der Sozialpolitik zur Erörterung kommen, wozu namentlich der Bericht des Direktors des Internationalen Arbeitsamts Anlaß gibt.

Erfolgreich beendeter Streik.

Der Streik bei der Telephonfabrik von Daurndheim, Köpenicker Straße 114, ist mit vollem Erfolg für die Streikenden beendet worden. In der Ausgabe des „Vormärts“ vom 6. Januar berichteten wir, daß der Inhaber der Firma die Akkorddienste der Arbeiter sehr stark reduzieren wollte. Er hat sich jetzt bereits erklärt, seine Verschlechterungsabsichten aufzugeben. Die Belegschaft hat einen schönen Sieg davongetragen.

Das Moskauer Vergrößerungsglas.

Die „Rote Fahne“ vom 30. Januar weiß von einem großen Chemiearbeiterstreik in Fulda, an dem 3000 Arbeiter beteiligt sein sollen, zu berichten. In Wirklichkeit sind dort in einem Betriebe, dessen Belegschaft ungefähr 280 Mann stark ist, Lohnunterschiede ausgedrückt, weil die Betriebsleitung die vom Fabrikarbeiterverband unterstützten Lohnforderungen der Belegschaft nicht bewilligen will. In der Redaktionsstube der „Roten Fahne“ wächst die Zahl auf 3000. Freilich steckt Methode in dieser Art der Berichterstattung. 3000 Chemiewerker, das ist schon was! Damit kann die in Marib gezeigte Weltrevolution besser bewiesen werden, als mit 280. Dreitausend streikende Chemiewerker sind für die kommunistische Agitation wertvoller, wenn auch die Wahrheit dabei zu kurz kommt.

Die Leistungszusagen bei der Reichsbahn.

In der Notiz mit dieser Ueberschrift im Nr. 54 des „Vormärts“ wurde eine Veröffentlichung der Reichsbahn erwähnt. Die Reichsbahn suchte mit dieser Veröffentlichung das System ihrer Leistungs-

zulagen zu rechtfertigen, die im Dezember im Betrage von vier Millionen Mark gemacht wurden. U. a. war darin gesagt: „Wenn die Reichsbahn diese vier Millionen zu einer allgemeinen Aufbesserung der Bezüge verwendet hätte, so würde das eine Erhöhung um 8 Proz. bedeuten haben.“

Die Pressestelle der Hauptverwaltung der Reichsbahn macht uns darauf aufmerksam, daß diese Stelle ihrer Veröffentlichung insofern nicht richtig wiedergegeben wurde, als die Erhöhung nicht 8 Proz. betragen würde, sondern nur 0,8 Proz. Diese Richtigstellung ändert natürlich nichts an der Beurteilung des Systems der Leistungszulagen. Für das laufende Jahr sind die Leistungszulagen auf 16 Millionen Mark veranschlagt, doch besteht trotzdem die Möglichkeit ihrer Erhöhung. In Fachkreisen wird denn auch die Gesamtsumme dieser Leistungszulagen für 1925 auf 30 Millionen geschätzt.

Arbeitszeitkündigung im rheinischen Braunkohlenrevier.
 Köln, 3. Februar. (Ill.) Die beiden Bergarbeiterverbände haben den Schiedspruch, der für das rheinische Braunkohlenrevier

die zwölfstündige Arbeitszeit festlegt, zum 28. Februar gekündigt. Die Organisationen fordern bekanntlich zum 1. März die Wieder Einführung der früheren Achtstundenschicht. In den nächsten Tagen sollen Verhandlungen mit den Arbeitgebern stattfinden.

Streik der Chemiewerker in Hessen.
 Die Arbeiter der chemischen Fabriken C. Merck und Röhm u. Haß in Darmstadt traten in den Streik, nachdem die Rohverhandlungen gescheitert sind und der Schiedspruch des Schlichters, den die Unternehmer angenommen haben, die Arbeiter nicht zufrieden stellte.

Die Werftarbeiter wollen wieder den Achtstundentag.
 Hamburg, 2. Februar (Ill.) Eine hier abgehaltene Konferenz der Werftarbeiter sämtlicher deutschen Seeschiffwerften hat den Schiedspruch, der eine Verlängerung des zurzeit bestehenden Abkommens über eine mehr als achtstündige Arbeitszeit bis zum 1. Oktober vorsah, abgelehnt. Es sollen neue Verhandlungen stattfinden.

Tagung der Bergarbeiter-Internationale.
 Zum Abschluß der Tagung ist noch zu berichten, daß die Wahl eines hauptamtlichen Internationalen Sekretärs noch nicht erfolgt ist. Großbritannien hat sein Amt weiterbehalten. Auch über die Entsendung eines Delegierten nach Rußland wurde kein Beschluß gefaßt.

Der Zechenverband und die Angestellten.
 Die Verhandlungen, die am Montag in Essen unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums zwischen dem Zechenverband und den Angestelltenvereinigungen über den Schiedspruch stattfanden, der am 12. u. 13. vom Reichs- und Staatskommissar Wehlich gefaßt wurde, sind gescheitert.

Bei der Dunlop-Gesellschaft in Hanau a. M. ist die etwa 1000 Mann starke Belegschaft wegen Lohnstreikigkeiten in den Streik getreten.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Reichshof: Arthur Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Caspar; Konstitution: A. S. Eißner; Soziale und Sonstiges: Felix Kaufmann; Anzeigen: H. Glöckner; Anstalt in Berlin: Verlag: Beroliner-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Beroliner-Verlag G. m. b. H. und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

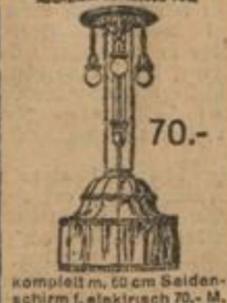
Unsern lieben Genossen
August Bork und Frau
 zur Silberhochzeit herzlichste Glückwünsche!
 Die 23. Abteilung.

Metallbetten
 Stahlmatratzen, Kinderbetten etc. an Priv.
 Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

Strumpfwaren u. Trikotagen
 in Qualitätsware, große Auswahl zu billigen Preisen, kaufen Sie bei

Erich Schulz
 Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 220
 a. d. Weichselstraße
 Vorzeiger dieses Inserats 5% Rabatt.

PAUL SCHENCK
 REICHENBERGER STR. 30
 NEUKÖLLN BERLIN SW 7



70.-
 komplett m. 60 cm Seidenschirm f. elektrisch 70.- M. für Gas 65.-

9.50 8.-
 Aus unserer Reklame-Kollektion
 Größte Musterausstellung in Berlin.

Bettwäsche
Weißer Woche
 Nur bestbewährte Qualitätswaren zu außergewöhnlich ermäßigten Preisen!

Bettbezug aus dichten Krotone	3.95
Bettbezug aus gutem Ligon	5.35
Bettbezug aus prima Louisiana Tuch	6.40
Bettlaken aus gutem Heidentuch	1.90
Bettlaken aus starkfäd. Krotone	2.35
Bettlaken aus schwerem Danlas	3.05
Tischtuch in bestem Leinen-Damast	4.95
Hemdentuch starkfädig	54 Pf
Handtuch Gerdentkora mit Kante	48 Pf

Willy Schiott - Warschauer Str. 5

Gardinen
 Sonderangebote u. Gelegenh. - Käufe in Resten
 Stoffs, Bettdecken, Woll- und Künstergeräten.
 Spezial-Gardinenwerkstatt
 Neukölln, Bergstr. 67
 am Ringbahnho.



Conrad Müller
 Spezial-Gardinenwerkstatt
 Neukölln, Bergstr. 67
 am Ringbahnho.

WEIßE ARENOCHE

Zu verlockend billigen Preisen gelangen zum Verkauf

Weißer Konfektion
 Voile - Kleider, Blusen, Prinzessröcke und Kinderkleider

Kleiderstoffe
 Batiste, Voile, Eolienne, Popeline, Kammgarne jeder Art

Leib- u. Bettwäsche
 Damenhemden, Beinkleider, Untertailen, Garnituren, Bettbezüge, Laken

Leinen- und Baumwollwaren
 Gardinen, Weißwaren, Stickereien, Herrenartikel, Wirkwaren jeder Art, Schürzen, Tapissereien, Papier, Steingut, Porzellan, Aluminium

URU
 Das große Warenhaus des Nordens
 Gebrüder, Aktien-Gesellschaft

Swinemünder Str. 88
 Ecke Lortzingstrasse

Wer Möbel kaufen will, muß unser neues Zahlungs-System kennen!

Fragen Sie uns — und wir sagen Ihnen den Weg, der für Ihren Fall und Ihre Verhältnisse der beste ist.
 Kommen Sie mit Vertrauen zu uns, denn wir wissen, daß wir Sie gut beraten und noch besser bedienen müssen, damit Sie uns bei Ihren Freunden empfehlen.
 Was uns betrifft — wir haben auch Vertrauen zu Ihnen, denn wir liefern Ihnen unsere Möbel auf Wunsch sofort und geben Ihnen Zeit zum Bezahlen.

Willstätt & Co. am Wannsee-Bahnhof
 Berlin die., Ecke Albrechtsstraße Steglitz

Altes Spezialgeschäft in Kamelhaar-Schlaf-Heile-Decken Et folgen Strickfäden Stümpfen Stries zu billigst. Lagerort.
Gebrüder Pflaume
 Berlin SW, Friedrichstr. 205
 Ecke Zimmerstr.

Krause-Pianos zur Miete
 Ansbacher Str. 1,
 1. u. 2. Stock

Unsere Februar-Angebote Billig, aber gut!

Infolge günstigen Einkaufs bringen wir der Groß-Berliner Bevölkerung erstaunlich billige Angebote in Damen-, Herren- und Kinder-Schuhen. Von unserem Riesenlager hier nur einige Beispiele:

Rest- u. Einzelpaare in Wildleder braun und schwarz Boxkall, Affenhaut, Goldkäfer etc. etc., Schnür-, Spange und Herren- und Damen-Stiefel in kräftiger Ausführung 5.90, 4.90, 5.90, 7.00, 2.95

Damen-Schnürschuhe alle Größen, gutes Material, echt Boxrind 5.90

Damen-Spangenschuhe alle Größen, mod. Formen, echt R'Chevr. 5.90

Damen-Spangenschuhe br. Schließesp., mod. Form, gut. Mat., alle Gr. 6.90

Damen-Schnürschuhe mit und ohne Lackkappe, alle Größen 6.90

Damen-Sport- und Wandersiefel braun Sportleder geschlossene Lasche, wasserdichtes Futter, besonders widerstandsfähig Größe 36-42 9.80

Warme Hausschuhe karierte u. feinfarbige mit Stoffsohle, 36-41 9.95

Leder-Damen-Hausschuhe kräft. Spelled, 36-41, Turnschuhe 38-40 mit Jutesohle Pl. 1.95

Kamelhaarstoffschuhe besonders billig, so z. B. Damen- und Herren-Hausschuhe, starke Filz- u. Leder-sohlen, verdeckte Naht 1.95

Pantoffel für Herren 0.75, für Damen Pl. 65 2.95

Stoffgamaschen in modern. Farb., hochgeschliffen, für Damen u. Herren, jetzt 2.95

Herrenstiefel 5.90
 kräftiges Spelleder ohne Vorderkappe

echte Boxrind 6.90

Herrenstiefel verschiedene moderne Formen 0,80 10,80 7.90

do. Orig. Goodyear Welt 11.90
 Stiefel und Halbschuhe, moderne Formen

Herren-Halbschuhe mit grau Meltschleider-Einsatz, die große Mode 12.80

Hohe Ledergamaschen in Patent-verchluss 6.90

Herren-Hausschuhe dicker, kariertier Stoff mit dicker Filz- und Ledersohle 1.95

Kinderstiefel braun u. schwarz, Größe 20-35 in großer Auswahl billig

Gross-Deleil Schuh-Lokal Behrndt
 Münzstr 25
 Frankfurter Allee 54
 Kottbuser Damm 13

Leder-Spangenschuhe für Haus und Straße 2.85

Babyschuhe Stoff und Leder, ent-scheidende Muster Pl. 95